

Zosener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annoncen.
Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
Wilhelmstr. 17
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14.
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei F. Streisand,
in Lübeck bei Ph. Matthias.

Nr. 260.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierjährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 14. April.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaltene Petitzeile oder deren Raum, Stellenmen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

Litteratur.

Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei C. L. Dauke & Co.,
Haarlestein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

1880.

Amfliches.

Berlin, 13. April. Der Kaiser hat den bisherigen ersten Vize-Konsul bei dem Konsulat in Konstantinopel, Ernst v. Bothmer, zum Vize-Konsul in Jaffa ernannt.

Der Maschinen-Ingenieur Wolff zu Straßburg i. E. ist zum Eisenbahn-Maschinemeister bei der Verwaltung der Reichs-Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen ernannt.

Der König hat dem königlichen Bergwerksdirektor Wenderoth zu Saarbrücken und dem Grubendirektor Barth auf Zeche Pluto bei Wanne den Charakter als Berggrath verliehen.

Der bisherige Privatdozent Dr. Eugen Koelbing in Breslau ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der dortigen Universität ernannt.

Der praktische Arzt Dr. Schrader zu Spremberg ist zum Kreiswundarzt des Kreises Spremberg, und der praktische Arzt Dr. Scharfenberg mit Belassung des Wohnsitzes in Prümtenau zum Kreiswundarzt des Kreises Sprottau ernannt worden.

Politische Uebersicht.

Posen, 14. April.

Die Verfassungsfrage wegen Vorlegung des provisorischen Handelsvertrages mit Österreich findet nunmehr ihre Erledigung. Die am 11. April getroffene Uebereinkunft, nach welcher die am 31. Dezember vorigen Jahres vereinbarte provisorische Regelung der Handelsbeziehungen auch vom 1. Juli 1881 bis 30. Juni 1881 fortzuhören soll, ist dem Reichstage „zur verfassungsmäßigen Beschlussnahme“ vorgelegt worden. In der beigegebenen Denkschrift wird über die erwähnte Frage bemerkt:

Der Reichskanzler enthält sich der Erörterung der Rechtsfrage, ob die mit Österreich-Ungarn getroffenen Verabredungen zu denjenigen Verträgen gehören, welche nach Absatz 3 des Artikels 11 der Verfassung zu ihrem Abschluß der Zustimmung des Bundesrates und zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung des Reichstages bedürfen. Bezuglich der Erklärung vom 31. Dezember 1879 ist die Reichsregierung in Uebereinstimmung mit dem Bundesrat der Meinung gewesen, daß dies nicht der Fall sei, und hat prinzipiell beabsichtigt, ihre Zusagen an Österreich-Ungarn auf solche zu beschränken, welche die Exekutivbehörden für eine Frist wie sechs Monat gewähren könnten, eine mit Gesetzen in Widerspruch zu treten. Nachdem im Schoße des Reichstags die Richtigkeit dieser Ansicht bestritten worden ist, glaubt der Reichskanzler es zwar vermeiden zu müssen, daß durch eine nachträgliche Vorlage der im Dezember v. J. ausgetauschten Erklärung rechtliche Zweifel darüber angeregt werden, ob die Rechtsauffassung der verbündeten Regierungen die richtige und ob also jene Verabredungen bis zu dem Augenblick ihrer Genehmigung durch den Reichstag und der Publikation derselben etwa ungültig waren. Die Reichsregierung glaubt die Zusagen, welche sie als Exekutivbehörde der österreichisch-ungarischen gegeben hat, bis zum Ende des Monats Juni erfüllen zu können, ohne mit ihren gesetzlichen Pflichten in Widerspruch zu treten. Sie ist aber weit entfernt, auf einem Gebiete, auf welchem jede dauernde Entwicklung ohne volle Ueberzeugung der gesetzgebenden Faktoren undenkbar ist, über die genaue Grenzlinie ihrer verfassungsmäßigen Befugnisse mit diesen Faktoren prinzipielle Meinungsverschiedenheiten zu diskutieren, und hat es deshalb vorgezogen, die im Übrigen analoge aber für eine längere Zeitdauer berechnete neue Verabredung mit der österreichisch-ungarischen Regierung im Sinne des Absatz 3 Artikel 11 der Verfassung zu behandeln, um dadurch der im Reichstage geäußerten Auffassung entgegenzukommen.

Soweit die Denkschrift. Formell besteht die Regierung also auf der Richtigkeit ihrer Auffassung bezüglich des Abkommens vom 31. Dezember v. J. Der Reichstag wird darauf indes umso weniger Gewicht zu legen brauchen, als seine Forderung materiell vollkommen erfüllt wird, überdies auch die von der Regierung zu ihrer Rechtfertigung vorgebrachte Argumentation so wenig haltbar ist, daß man wegen einer etwaigen Wiederholung derselben in künftigen Fällen nicht besorgt zu sein braucht. Nach dieser Argumentation läge der Grund für die verschiedenartige konstitutionelle Behandlung der Abkommen vom 31. Dezember v. J. und vom 11. April d. J. lediglich in dem Unterschiede der Geltungsdauer; auf die Zeit von 6 Monaten hätte die Reichsregierung den fraglichen Vertrag aus eigener Machtvolkommenheit in Vollzug setzen können, auf die Dauer von einem Jahr aber nicht. Man sucht vergebens nach den verfassungsrechtlichen Inhaltenpunkten für diese Unterscheidung. Indes, der Reichstag wird das von der Regierung in der Sache bewiesene Entgegenkommen ohne Zweifel anerkennen und an dieser unhaltbaren Deduktion keinen weiteren Anstoß nehmen.

Der verlängerte deutscher österreichischer Handelsvertrag hat folgenden Wortlaut:

Die kaiserlich-deutsche Regierung und die kaiserlich und königlich österreichisch-ungarische Regierung haben mit Rücksicht darauf, daß die zwischen ihnen zum Zwecke der Vereinbarung eines neuen Handels- und Zollvertrages eingeleiteten Verhandlungen bisher noch nicht zum Abschluß geführt werden konnten und eine endgültige Verständigung auch für die nächste Zeit nicht in Aussicht nehmen lassen, zum Zwecke einer weiteren provisorischen Regelung der Handels- und Verkehrsbeziehungen zwischen beiden Reichen nachstehende Uebereinkunft getroffen:

Artikel 1. Der Handelsvertrag vom 16. Dezember 1878 soll nebst dem dazu gehörigen Schlussprotokoll für die Zeit vom 30. Juni 1880 bis 30. Juni 1881 mit folgenden Maßgaben in Wirksamkeit bleiben:

1. Die durch die Erklärung vom 31. Dezember 1879 außer Kraft gesetzten Bestimmungen im Artikel 6 des Vertrages, dann im Schlussprotokoll zu diesem Artikel A und B, sowie die mittels Noten vom 16. Dezember 1878 gegen seitig mitgetheilten Detailvorschriften bleiben auch fernerhin außer Wirksamkeit.

2. Die Vereinbarungen im Absatz 1 und 2 des Artikels 10 des Vertrages, in dem dem Vertrag als Anlage A beigefügten Zollkartei und in den hierauf bezüglichen Erklärungen des Schluss-Protokolls sollen auch während des Zeitraums bis zum 30. Juni 1881 insoweit zur Ausführung gelangen, als die bestehenden Gesetze nicht entgegenstehen.

3. Die Bestimmungen im zweiten Absatz des Artikels 15 des Vertrages, betreffend das Verbot und die Bestrafung der Anwendung nicht publizierter Tariffälle auf Eisenbahnen, bleiben auch fernerhin unwirksam.

4. Ebenso bleibt der zweite Absatz des Artikels 17 des Vertrages, betreffend das Verbot der Beschlagnahme von Eisenbahn-rc. Betriebsmittel, auch fernerhin außer Wirksamkeit.

Artikel II. Die gegenwärtige Uebereinkunft soll beiderseits zur Allerhöchsten Ratifikation vorgelegt und die Ratifikationsurkunden sollen sobald als möglich in Berlin ausgewechselt werden.

Zur Urkunde dessen haben die Unterzeichneten im Namen ihrer Regierungen vorstehende Uebereinkunft in doppelter Ausfertigung unterzeichnet und ihre Siegel beigedruckt.

So geschehen zu Berlin, den 11. April 1880.

(L. S.) von Philippsborn.

(L. S.) Széchenyi.

Unter der Aufschrift „Zum Frieden mit Preußen“ bringt die Nr. 85 des „Vaterland“ folgende Mittheilung:

Der hochwürdige Herr Bischof von Passau, über den Kulturmampf befragt, äußerte sich in folgender hochinteressanter Weise: „Er habe vor einiger Zeit an Se. Heiligkeit geschrieben und Dieselbe aufgefordert den Weg der Versöhnung weiter zu gehen; denn es handle sich jetzt nicht um Staat und Kirche, sondern um das Seelenheil von Hunderttausenden. Se. Heiligkeit habe ihm (dem Bischof) nun ein eigenhändiges Schreiben gezeigt, sich für die wohlmeintenden Rathschläge bedankt und erklärt, er werde so weit gehen als es irgendwie möglich sei, und er hoffe zuversichtlich, daß der Friede wieder hergestellt werde.“

Die Gewerbeordnungss-Kommission des Reichstags arbeitet rüstig vorwärts, um diesmal wo möglich vor dem Plenum mit einem Resultat ihrer Tätigkeit erscheinen und dies dem Hause zur weiteren Berathung unterbreiten zu können. Aus diesem Grunde hat man sich auch dafür entschieden, über die bisher verhandelten Gevenstände (Gewerbe der Auktionsatoren, Wandlerager und Waarenauktionen im Umherziehen) keinen schriftlichen, sondern nur mündlichen Bericht zu erstatten, ebenso über die gestern diskutierte Theaterangelegenheit. In letzter Beziehung handelt es sich nämlich um eine Abänderung des § 32 der Gewerbeordnung, wonach Schaustpielunternehmer bedürfen zum Betriebe ihres Gewerbes der Erlaubnis bedürfen. Diese Erlaubnis ist ihnen nach der Gewerbeordnung zu erhalten, wenn nicht Thatachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Nachsuchenden in Bezug auf den beabsichtigten Gewerbetrieb darthun. Namentlich mit Rücksicht darauf, daß das preußische Oberverwaltungsgericht annimmt, durch den Mangel ausreichender Mittel werde eine solche Unzuverlässigkeit nicht begründet, wünschen nun die konserватiven Antragsteller hier eine genauere Feststellung der Befugnisse der zuständigen Behörden. Es wurde in dieser Hinsicht beantragt, dem Reichstag einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, wonach § 32 der Gewerbeordnung künftig also lauten soll: „Schaustpielunternehmer bedürfen zum Betriebe ihres Gewerbes der Erlaubnis. Dies ist dann zu verlagen, wenn die Behörde auf Grund von Thatachen die Ueberzeugung gewinnt, daß dem Nachsuchenden die zum Betrieb des beabsichtigten Gewerbes erforderliche Zuverlässigkeit, insbesondere in sittlicher, artistischer und finanzieller Hinsicht, abgeht. Dabei soll der bisherige Abs. 2 des § 32 der Gewerbeordnung gestrichen werden, welcher dahin lautet: „Beschränkungen (der Erlaubnis) auf bestimmte Kategorien theatralischer Darstellungen sind unzulässig.“ Durch die Streichung dieses letzteren Passus will namentlich die Mehrheit der Kommission der Polizeibehörde die Möglichkeit geben, dem Unternehmer gewisse Zweige der theatralischen Leistungen, insbesondere das Ballet, mit Rücksicht auf etwaige Ausschreitungen ganz zu untersagen. Die liberalen Minorität machte gegen diesen Antrag verschiedene Bedenken geltend. Man führte aus, daß ein Grund zu weiteren Beschränkungen jenes Gewerbetriebes nicht vorliege, daß man damit den Hauptzweck, die Aufführung unsittlicher Stücke zu vermeiden, gar nicht erreichen werde; man wies auch auf die Schwierigkeiten, welche eine artistische Prüfung und ebenso eine Prüfung der Zuverlässigkeit in finanzieller Beziehung darbietet. Namentlich wurde auch darauf aufmerksam gemacht, wie hier der Gebrauch des Wortes „insbesondere“ bedenklich sei; hierdurch werde doch angedeutet, daß jene Prüfung sich auch noch auf andere Qualitäten des Schaustpielunternehmers beziehen könne, und eben dadurch sei der Polizeiwillkür einiger Spielräume gelassen. Endlich wurde auch darauf hingewiesen, daß nach § 59 der Gewerbeordnung die Erlaubnis des § 32 auch für umberziehende Schaustpielergesellschaften erforderlich, daß es aber wenig zweckmäßig und schwerlich billig sei, die letzteren auf völlig gleichen Fuß mit den stehenden Theatern zu stellen und in gleicher Weise zu behandeln. Die Mehrheit der Kommission nahm jedoch den Antrag an, und so wird denn dem Reichstag in der That ein diesbezüglicher Gesetzentwurf unterbreitet werden.

Der Vizepräsident des französischen Senats, B. St. Lilaire, hat an den Herausgeber der „Deutsch-Nationale Revue“ auf die Uebersendung des Heftes, das seinen ersten Brief enthielt, ein Schreiben mit einigen abermals interessanten politischen Bemerkungen gerichtet, welche wir nachstehend veröffentlichen. Es lautet in der Uebersetzung also:

Paris-Passy, Rue Dufrénay 3,
6. April 1880.

Lieber Herr!

Ich habe Ihren Brief vom 3. d. und das Aprilheft der „Deutschen Revue“ erhalten. Sie haben meinem Schreiben eine große Ehre erzeigt, als Sie es an die Spize des Heftes legten. Wenn meine Mittheilung nur in etwas dazu beitragen kann, den europäischen Frieden zu erhalten, würde ich darüber sehr glücklich sein; ich danke Ihnen für den Gebrauch, den Sie von derselben gemacht haben.

Die englischen Wahl werden wohl die Verhältnisse im Innern umgestalten, aber sie werden nichts an der äußeren Politik ändern; die Liberalen werden gezwungen sein, der Politik Lord Beaconsfield zu folgen, welche die richtige war.

Was uns betrifft, so wird die klerikale Agitation sich bald beruhigen. Der Staat hat die Macht des Gesetzes für sich, dessen Wortlaut nicht

den mindesten Zweifel verursacht. Die Kongregationen werden darauf verzichten, gemeinsame Sache mit den Jesuiten zu machen, und diese selbst sind zu geschickt, um den Widerstand bis zum Aeußersten zu treiben. Sie werden dem Sturm weichen, um vielleicht später, wenn der Moment günstiger ist, wieder zu erscheinen. Ich glaube nicht, daß die römische Kurie selbst sie erheblich unterstützt.

Genehmigen Sie rc. rc.

B. St. Lilaire.

Ein österreicher Staatsmann äußerte sich gegen den wiener Berichterstatter des „Daily Telegraph“ über die möglichen Folgen des englischen Ministerwechsels wie folgt: „Es würde in der That unrecht unsererseits sein, in Abrede zu stellen, daß wir in Lord Beaconsfield einen Freund verlieren, der uns stets Vertrauen und Theilnahme entgegenbrachte und dem es zuzuschreiben ist, daß in Österreich und in Ungarn ähnliche Gefühle gegen England gehegt wurden. Ein Ministerium Gladstone wird allerdings nicht in Uebereinstimmung mit jenen Grundsätzen des Missbrauchs regieren, die Herr Gladstone als Parlamentskandidat aufgestellt hat. Nichts desto weniger ist nach solchen Reden und nach einem solchen Programme Grund zu Besorgnissen vorhanden, und man kann es uns nicht übel nehmen, wenn das neue Ministerium uns nicht gerade mit Sympathie oder Vertrauen belebt. Es wird sich bald zeigen, wessen Grundsätze am besten dazu angehen sind, den Weltfrieden zu fördern. Eines ist indefs sicher, nämlich, daß ein Kabinett Gladstone ausschließlich vor dem guten Willen Russlands abhängt. Der Tag, an welchem die russische Regierung England irgend einen Anstoß giebt, wird das Ende des liberalen Ministeriums seien. Der Himmel gebe, daß ein solcher Zwischenfall nicht den Frieden Europas stören möge. Der Sturz des liberalen Ministeriums würde um solchen Preis zu teuer erkauft sein.“ Demselben Berichterstatter zufolge haben die englischen Wahlen und der wahrscheinliche Rücktritt des Kabinetts Beaconsfield eine große Bestürzung in der Umgebung des Sultans hervorgerufen. Der Sultan selber soll die Furcht ausgedrückt haben, daß die liberale Regierung Englands das osmanische Reich der letzten Bürgschaften seiner Existenz berauben werde. Ganz abgesehen von dem Einfluß des liberalen Kabinetts stehe zu befürchten, daß die slawische Bevölkerung und die übrigen Feinde der Türkei jetzt neuen Mut für die Ausführung ihrer Pläne finden würden. Man sei daher an der Pforte zu der Überzeugung gekommen, daß es das klügste sei, enge Beziehungen zu Österreich herzustellen; nur so könnten die nötigen Vertheidigungsmittel gegen nationale Untriebe gefunden werden. Der Sultan habe daher Edhem Pascha beauftragt, sich in Wien umzusehen, ob Neigung vorhanden sei, ein österreichisch-türkisches Bündniß abzuschließen.

Was die Zusammensetzung des zukünftigen englischen Kabinetts betrifft, so hat neben Gladstone, namentlich wenn derselbe bei seiner Weigerung, an die Spitze der Regierung zu treten, beharrt, Lord Granville die meiste Aussicht, Premierminister zu werden.

Carl George Leveson-Gower Granville wurde 1815 geboren und im Christchurchkollegium zu Oxford erzogen. Von Mai 1835 bis August 1836 Attache bei der Pariser Gesandtschaft, vom März 1840 bis September 1841 Unterstaatssekretär im auswärtigen Amt, vom Mai 1848 bis Dezember 1851 Vizepräsident des Handelsdepartements und General-Zahlmeister der Truppen, Kommissar der Weltausstellungen von 1851 u. 1862, Staatssekretär des Außenfern vom Dezember 51 bis Februar 1852, Lordpräsident des Geheimrats von Dezember 52 bis Juni 1854, Kanzler des Herzogthums Lancaster Juni 1854 bis Februar 1855, abermals Präsident des Geheimen Rates von Februar 1855 bis Februar 1858, zum dritten Mal von Juni 1859 bis Juni 1866, von Dezember 1868 bis Juli 1870 Staats-Sekretär der Kolonien, von 1870 bis Februar 1874 Staats-Sekretär des Außenfern, von 1870 bis Februar 1874 Staats-Sekretär des Außenfern. War außerordentlicher Gesandter bei der Krönung des russischen Kaisers 1856, wurde Kanzler der Londoner Universität 1856 und Lord Warden der fünf Höfen Dezember 1865. Im Unterhause vertrat er von 1837 bis 1840 Morpeth, von 1841 bis 1846 Lichfield, im leitge-nannten Jahre folgte er seinem Vater in der Peerwürde. Er war zum ersten Mal verheirathet mit der einzigen Tochter und Erbin des Herzogs von Dalberg, welche 1860 starb. Er heirathete 1865 Castalia Rosalind, jüngste Tochter des verstorbenen Walter J. Campbell Esquire of Islay.

Wird Granville Premier, so fällt das Auswärtige Amt aller Wahrscheinlichkeit nach Lord Hartington zu.

Spencer Compton Cavendish, Marquess of Hartington ist der älteste Sohn des siebenten Herzogs von Devonshire und der Lady Blanche Georgina, Tochter des Earl of Carlisle. Er wurde am 23. Juli 1833 geboren, im Trinity-Kollegium zu Cambridge erzogen, ward 1852 Baccalaureus Artium, 1854 Magister Artium und 1862 Doktor der Rechte. Er ist Geheimrat, Deputylieutenant und Friedensrichter von Derbyshire und Lancashire, Gouverneur des 2. Derbyshire-Militär-Regiments und Gouverneur des 5. Bataillons der Lancashire-Freischützen. Von März bis April 1863 war er Admiraltätslord, vom Dezember 1863 bis Juli 1866 Kriegsminister, vom Januar 1871 bis Februar 1874 Generalpostmeister, vom Januar 1871 bis Februar 1874 Chefsekretär für Irland. Begleitete 1856 den Earl Granville zur Krönung nach Russland. 1877 wurde er zum Lorddirektor der Universität Glasgow gewählt. Von November 1857 bis November 1868 vertrat er im Unterhause Nordlancashire, fiel bei der in diesem Jahr stattgehabten Wahl durch und wurde Februar 1869 im Radnor District gewählt, den er bis jetzt vertrat. Bei den Neuwahlen ist er in Nordlancashire mit großer Mehrheit wiedergewählt worden.

Es sind übrigens nicht blos persönliche Fragen, die bei der Zusammensetzung des Kabinetts zum Austrag kommen. Die verschiedenen Nuancen innerhalb der liberalen Partei suchen sich

Geltung zu verschaffen und das radikale Element scheint mit seinen Ansprüchen nicht zurückhalten zu wollen, wie es durch die Zahl seiner Vertreter auch zu solchen wohl berechtigt erscheint. Was die bezüglich der einzelnen Posten auftretenden Kandidaten betrifft, so heben wir nachstehend die am meisten in Betracht kommenden Persönlichkeiten hervor.

Lord-Kanzler würde wieder Lord Selborne werden.

Roundel Palmer Baron Selborne wurde 1812 zu Miburn geboren, zu Winchester im Trinity-Kollegium und Magdalenen-Kollegium zu Oxford erzogen, erwarb sich wegen seiner Kenntnis der klassischen Sprachen wiederholt erste Preise, wurde 1837 Barrister, 1849 wurde er königlicher Rath, 1861 Generalanwalt, 1863 in den Ritterstand erhoben, 1863 abermals Generalanwalt, legte 1866 dieses Amt nieder, war 1871 Vertreter der Regierung bei den Verhandlungen wegen des Vertrages von Washington. War Unterhausmitglied für Plymouth von 1847 bis 1852, von 1853 bis 1857 und für Richmond von 1861 bis 1872, wo er zum Peer erhoben wurde. War Lordkanzler im letzten Kabinett Gladstone.

Lord Derby ist, wie es heißt, zum Kolonialminister aussersehen. Des edlen Lords Lebenslauf ist in den letzten Jahren wiederholt skizziert worden, das wir heute auf eine Erwähnung desselben glauben verzichten zu können. Für das Kriegsamt soll Forster aussersehen sein, für das indische Amt Lord Northbrook, zum Minister des Innern scheint Harcourt designiert zu sein. Die übrige Rollenbesetzung in dem neuen Kabinett ist noch unbestimmt. Marineminister wird möglicherweise Lowe oder Goshen, die beide schon der Regierung angehörten. Für die Posten der Unterstaats- oder Parlamentssekretäre dürften außer Professor Fawcett und Grant Duff, die Radikalen Sir Charles Dilke, Mitglied für Chelsea, und Joseph Chamberlain für Birmingham in Aussicht genommen sein.

Dem „Standard“ wird aus Thetmy vom 9. d. gemeldet: Endlich ist eine weitere Depesche von der britannischen Regierung hier eingegangen, und in gut unterrichteten Kreisen glaubt man, sie habe sich entschlossen, den Wünschen der britischen Regierung entgegenzukommen. In Folge dieses Frontwechsels vermutet man, es werde der hier vor sechs Monaten zurückgehaltenen Gesandtschaft in Kurzem die Erlaubnis zur Weiterreise nach Kalkutta ertheilt werden. Das jüngst in Umlauf gewesene Gericht von dem Ableben des Königs Thiboo entbehrt der Begründung. Nur der Thronerbe ist den Blättern erlegen. Das Volk Mandalays ist sehr aufgeregt. Die Sterndeuter behaupten, es bedürfe zur Beseitigung der thätigen übeln Einflüsse eines großen Südhofs. Die Opfer sollen an der Zahl von 400 aus allen Klassen der Gemeinde gewählt werden. Die Phoongyen, oder Priester, sollen 100 Personen liefern, und die übrigen 300 sollen gleichmäßig aus Männern, Frauen und Kindern bestehen. Es sind zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden, um eine hinreichende Anzahl von Leuten zu haben, aus denen die beaufsichtigten Opfer gewählt werden können. Die Phoongyen, welche bisher von der Opferung befreit waren, sind höchst beunruhigt und verlassen massenhaft Mandalay. Vor einigen Tagen wurde dem katholischen Kloster in jener Stadt ein Besuch abgestattet, augenscheinlich in der Absicht, um unter den dort untergebrachten Mädchen einige Opfer zu haschen. Glücklicherweise wurde der Versuch vereitelt.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 13. April. [Der Reichstag und die Getreidezölle. Zu den Steuerfragen.] Vor dem Beginn der gegenwärtigen Reichstagsession wurde mehrfach in Aussicht gestellt, daß freihändlerische Abgeordnete den Antrag auf Wiederaufhebung der Kornzölle einbringen würden; insbesondere kündigte der nationalliberale Abg. Oechelhäuser ein solches Vorgehen in einer von ihm herausgegebenen Broschüre an. Im Anfang der Session wurden denn auch außer dem Verfasser dieser Schrift Herr Delbrück und Herr Eugen Richter als voraussichtliche Antragsteller genannt. Der Gedanke, den Kampf gegen die Kornzölle sofort prinzipiell wieder aufzunehmen, ist vielfach in freihändlerischen parlamentarischen Kreisen erörtert worden, zuletzt noch eingehend vorgestern und gestern vor der Sitzung mit Rücksicht auf den Antrag auf Wiederaufhebung des Flachsolls. Gleichzeitig mit diesem einen gegen die Kornzölle gerichteten Antrag einzubringen, wurde nach eingehenden Erörterungen unterlassen, weil von einer größeren Anzahl solcher Mitglieder, welche gestern für die Wiederaufhebung des Flachsolls gestimmt haben, die Erklärung vorlag, dies nicht thun zu wollen, sofern irgend ein weiter gehender Angriff auf den im vorigen Jahre vereinbarten Zolltarif gleichzeitig mit dieser einen Korrektur versucht würde. Es war also zu befürchten, daß für die Beseitigung der Leinenindustrie drohenden Schädigung eine Majorität sich nicht zusammengefunden hätte, sofern man eine Aktion gegen die Kornzölle gleichzeitig versuchte. Damit durfte es auch zusammenhängen, daß der Abg. Richter seinen Antrag zu Gunsten der Mühlenindustrie gestern nur, nachdem die Parteien bereits ihre Stellung zum Flachsoll-Antrag konstatiert hatten, ankündigte, die weitere Verhandlung aber vertrieben ließ. Wenn es zu dieser kommen wird, durfte es übrigens der Regierung schwer fallen, das unzweifelhaft bestehende praktische Bedürfnis, welches der Richter'sche Antrag befriedigen will, zu bestreiten. Ein prinzipiell gegen die Kornzölle gerichtetes Vorgehen ist nunmehr als für die gegenwärtige Session definitiv aufgegeben zu betrachten. Man mußte sich schließlich sagen, daß ein praktischer Erfolg, selbst nur im Reichstag, nicht zu erwarten sei, da gegenwärtig das Bündnis zwischen Agrariern und schutzzöllnerischen Industriellen noch zu neu und daher zu fest ist, um sich schon lockern zu lassen; gegen eine bloße Demonstration aber gab die Erwagung den Ausschlag, daß so kurze Zeit nach der Einführung der Kornzölle Argumente, welche in den vorjährigen Debatten nicht vorgebracht worden, kaum zur Verfügung stehen, während die Zusammensetzung des Reichstags noch dieselbe ist, wie im vorigen Jahre. Nicht am wenigsten durfte auch die auf politischen Gründen beruhende Abneigung vieler freihändlerischer Abgeordneten gegen eine Aktion, welche Fürst

Bismarck ohne Zweifel als Herausforderung gegen sich auffassen würde, zum Verzicht auf den Kornzollantrag beigetragen haben.

Nach der in den nächsten Tagen bevorstehenden Erledigung des Militärgegesetzes und der Verlängerung des Sozialistengesetzes dürfte der noch übrige Theil der Session einen gegen die bisherigen Verhandlungen ziemlich veränderten Charakter tragen. Bei der übermorgen stattfindenden dritten Lesung des Militärgegesetzes wird, da Freiherr v. Stauffenberg noch immer durch Krankheit ferngehalten ist, Dr. Bamberger den Standpunkt der kleinen Anzahl nationalliberaler Abgeordneten, welche gegen das Gesetz zu stimmen entschlossen sind, vertreten, während im übrigen diese dritte Lesung kaum ein Interesse darbieten dürfte, es wäre denn, daß wider alles Erwarten Fürst Bismarck erschiene. Was die weitere Verhandlung über die Erstreckung des Sozialistengesetzes betrifft, so dürfte sich das Interesse auf die Haltung des Zentrums beschränken, welche auch in diesem Augenblick noch unbestimmt ist; in der Kommission haben die Vertreter der klerikalen Partei bekanntlich sich bei der Abstimmung getrennt. Nach der Erledigung dieser beiden Gegenstände aber tritt die Steuerfrage in den Vordergrund. Für die Behandlung derselben hat der in der Presse vielfach erörterte Artikel der „Grenzboten“ die Melodie angegeben, welche heute von der freikonservativen Post aufgenommen wird, indem sich diese ohne jeden Vorbehalt für das Tabaksmonopol erklärt. Allem Anschein nach wird bei der zweiten Lesung der Brau- steuervorlage das Haus sich von Neuem für und gegen die Steuerpolitik des Kanzlers prinzipiell theilen; der letztere wünscht einen Verlauf dieser zweiten Lesung, welcher dem der ersten analog wäre, d. h. eine Entscheidung über den Entwurf lediglich aus speziellen, auf die Brau- steuer bezüglichen Gründen, zu verhindern, und eine Erklärung über dasjenige Maß von Unterstützung zu provozieren, welches die Fortführung der im vorigen Jahre begonnenen, sogenannten Steuerreform zu erwarten hat. Allem Anschein nach ist im Reichstage die Gewissheit, für diese Reform einzutreten, in demselben Maße geringer geworden, wie die seitdem über die Wirkung der neuen Zölle und über das Ausbleiben von Steuererleichterungen gemachten Erfahrungen die Popularität der vorjährigen Schlagworte im Volke vermindert haben.

Unsere Kronprinzessin ist, nach einem dem „B. Tgl.“ aus Rom zugegangenen Spezialtelegramme, gestern Vormittag 8 Uhr in Begleitung des diesseitigen Botschafters von Reudell und der Herren Builleaume und Oppen nach Neapel abgereist. Frau v. Reudell begleitete die Kronprinzessin nach dem Bahnhofe, woselbst sich König Humbert in Zivilkleidung zur Verabschiedung eingefunden hatte; der König geleitete die Kronprinzessin bis zum Waggon und überreichte derselben einen von der Königin überstandenen Maiblumenstrauß. Unterwegs erfolgt die Befestigung des Monte Cassino; die Ankunft in Neapel erfolgt um Mitternacht; das Logis ist im Hotel Bristol vorbereitet. Vorgestern hatte sich die Kronprinzessin im Quirinal verabschiedet, woselbst sie bei der Ankunft vom König am Portal empfangen und der Königin Margherita zugeführt wurde. Zum Diner hatte die Kronprinzessin gestern den Fürsten Pless geladen. Am selben Tage hat die Kronprinzessin ein Töchterchen des Botschaftsraths Derenthal aus der Taufe gehoben.

Solamen miseris, socios habuisse malorum! sagt der Lateiner, zu deutsch: „es ist der Trost des Unglücks zu haben“. So mag es vielleicht auch für manchen guten Patrioten, dem sich vor wenigen Tagen das Herz im Leibe umdrehte vor Scham und Zorn, als er aus den publizierten Aufsätzen des Zaren Nikolaus aus dem Jahre 1848 erahnt, wie unser armes Vaterland von Russland behandelt wurde, ein Trost sein, zu erfahren, daß auch andere Staaten und Regierungen Gegenstand der nämlichen russischen Unverschämtheit gewesen sind, und, gleich Preußen, durch ihre elende Schwäche wesentlich dazu beigetragen haben, schon lange vor 1848 den zarischen Hochmuth bis zur Verücktheit zu steigern. Wir zitieren daher in Folgendem eine in dem Buche „Berlin und Petersburg“ neuverdächtig wieder zum Abdruck gebrachte, für die damaligen Zustände in Europa hoch charakteristische Erzählung:

In Paris war ein neues Theaterstück unter dem Titel „Katharina II. und ihre Favoriten“ erschienen, welches die große Kaiserin nicht allzu vorbehaltlos schilderte. Das Stück wurde auf den Theatern gegeben. Kaum hatte Kaiser Nikolaus dies erfahren, als er sofort folgenden eigenhändigen Befehl an den russischen Botschafter am französischen Hofe, Grafen Pahlen, abschickte: „Nach Empfang Dieses begeben Sie sich, zu welcher Zeit es auch sei, sofort zum König der Franzosen und erläutern ihm meinen Wunsch, daß die gedruckten Exemplare des Stücks Katharina II. sofort konfisziert und die Vorstellungen auf allen pariser Theatern verboten werden; geht der König nicht darauf ein, so fordern Sie ihre Kreditive und reisen in 24 Stunden von Paris nach Russland ab. Für die Folgen stehe ich ein.“ Der Kurier traf den Gesandten beim Diner beim König, wo er ihm die Depesche auch sofort einzuhändigen wußte. Graf Pahlen geriet nach dem Lesen derselben in große Verlegenheit, indessen der Befehl mußte ausgeführt werden, und so trat er denn an den König heran mit der Erklärung, daß er auf Befehl seines kaiserlichen Herrn Se. Majestät sofort um eine kurze Audienz bitten müsse. „Kann man das nicht wenigstens bis nach dem Diner ausschieben?“ fragte der König. „Nein, Majestät“, antwortete der Gesandte, „die Befehle meines Kaisers sind so streng, daß ich Eure Majestät sofort darüber aufklären muß, um was es sich handelt.“ Der König stand auf und ging mit dem Gesandten in ein anderes Zimmer, wo jener ihm die Depesche einhändigte. Der scharfe Ton und die Schnelligkeit, mit welcher die Erfüllung des Wunsches gefordert wurde, ärgerten den König Louis Philippe. „Verzeihen Sie, Graf“, wandte er sich an Pahlen, „der Wille Ihres Kaisers kann für Sie Gesetz sein, aber nicht für mich, den König der Franzosen. Außerdem wissen Sie sehr gut, daß in Frankreich eine Verfassung und Freiheit besteht, uns deswegen ist es mir, so sehr ich es auch wünsche, vollständig unmöglich, die Forderung Ihres Kaisers zu erfüllen.“ „Wenn dies die endgültige Antwort Eurer Majestät ist“, sagte Pahlen, „so bitte ich in diesem Falle nur um den Befehl, mir meine Kreditive aushändigen zu lassen.“ „Aber das würde ja das Zeichen einer Kriegserklärung sein!“ „Das kann sein, aber Majestät wissen, daß der Kaiser für die Folgen einsteht.“ „Nun, so geben Sie mir wenigstens Zeit, mich mit meinen Ministern zu berathen.“ „Vierundzwanzig Stunden kann ich warten, dann aber muß ich unverzüglich abreisen.“ Die Sache endigte damit, daß einige Stunden nach dieser Unterredung die französische Regierung das Verbot der Aufführung des betreffenden Stücks auf den Theatern erließ und alle gedruckten Exemplare konfiszierte. Es versteht sich wohl von selbst, daß Graf Pahlen darauf nach wie vor in Paris verblieb. — Aber im Jahre 1844 machte Kaiser Nikolaus noch kürzeren Prozeß mit einem ihm unliebsamen Theaterstück. Damals erschien in Paris ein neues Stück „Kaiser Paul“, welches man auch auf den Theatern geben wollte. Als der Kaiser

davon erfuhr, schrieb er an den König der Franzosen: wenn man dieses Stück nicht konfiszire und seine Aufführung auf der Bühne nicht verbote, so würde er eine Million Zuschauer schicken, um das Stück auszufeuern.

Provinziallandtag des Großherzogthums Posen.

5. Plenarsitzung.

Posen, 13. April.

In der heutigen 5. Plenarsitzung erledigte der Provinziallandtag folgende Gegenstände:

1. Dem zwischen der provinzialständischen Verwaltungskommission für Chaussee- und Wegebau einerseits und der Bank Kwilecki, Potocki u. Comp. andererseits vereinbarten Vertrage wegen Benutzung der Chausseestrecke Lissa-Borek-Jarotschin zur Anlage einer Eisenbahn von Lissa nach Jarotschin wird die Genehmigung ertheilt.
2. Der zwischen derselben Kommission und den Herren Rittergutsbesitzer Freiherrn v. Massenbach zu Pinne, Bürgermeister Sablowski ebendaeben, Bürgermeister Karasiewicz in Neustadt und Kaufmann S. Markus in Pinne wegen Benutzung der Neutomischel-Bowlowiger und Pinne-Bräzer Provinzial-Chaussee zur Anlage einer Eisenbahn abgeschlossene Vertrag wird genehmigt.
3. Ein Gesuch der unter 2 genannten Herren durch Zeichnung von 10,000 Mark Seitens der Provinz den Bau einer Eisenbahn zwischen Pinne und Neutomischel zu unterstützen, wurde abgelehnt.
4. Das Gesuch der Stadtgemeinde Grätz um Beihilfe bezw. Unterstützung zum Bau einer Sekundärbahn von Opalenica nach Grätz wird zurückgewiesen.
5. Über die Rechnungen des Provinzial-Anleihe-Fonds der Provinz Posen für 1876 bis Ende März 1878 wird Decharge ertheilt.
6. Über die Rechnungen der Kassenverwaltung des Provinzial-Landarmenfonds für 1876 bis Ende März 1879 wird Decharge ertheilt; gleichzeitig wurde die vergleichende Übersicht der bei der provinzialständischen Arbeits-, Landarmen- und Korrektions-Anstalten des preußischen Staates für das Jahr 1877 für den Kopf erforderlich gewesenen Unterhaltungskosten-Zuschüsse mitgetheilt, wonach jene Kosten bei 11 Anstalten mehr und nur bei 4 Anstalten etwas weniger als bei der Anstalt der hiesigen Provinz betragen haben.
7. Die Gehaltsaufbesserung der Sekretäre der Landarmen-Direktion wird abgelehnt, dagegen die Errichtung einer Sekretariats-Assistenten-Stelle bei der Landarmen-Direktion und einer Assistenten-Stelle bei dem Arbeits- und Landarmenbau zu Kosten genehmigt. Demnächst erfolgte die Feststellung der Etats für 1880/1 und die folgenden Jahre, und zwar:
 - a. des Haupt-Etats mit 14,750 M.
 - b. des Etats für das Landarmenwesen mit 105,300 "
 - c. des Etats für das Arbeits- und Landarmenhaus in Kosten mit 110,500 "überhaupt mit 230,550 M. in Einnahme und Ausgabe abschließend.
8. Wegen der Etats-Uberschreitungen bei der Verwaltung des Landarmen- und Korrigendenwesens für 1877 bis Ende März 1879 in Höhe von 77,521 M. 28 Pf. wird Indemnität ertheilt.
9. Die Erhöhung der Remuneration für den evangelischen Geistlichen an der Korrigenden-Anstalt zu Kosten wird abgelehnt, das gegen der Witwe des verstorbenen Anstaltssatzes Kunze eine einmalige Unterstützung von 300 M. zugewendet.
10. Eine nachgesuchte Subvention für die Universitätsklinik und Poliklinik in Breslau wird abgelehnt.
11. Über einen Antrag des Magistrats in Löboks, wegen Erstattung von Kosten für einstweilige Aufbewahrung von Polizeigefangenen gelegentlich ihrer Transportirung, wird zur Tagesordnung übergegangen.
12. Ein Antrag des Magistrats zu Gnesen, wegen Erstattung un-einbringlicher Armen-Pflegekosten aus Provinzialfonds, gelangt zur Ablehnung.
13. Der Stadt Krötschin ist für den geisteskranken Pic eine halbe Freistelle in der Irren-Anstalt zu Owińsk gewährt.
14. Ein Antrag des Partikuliers Sawinski wegen Entschädigung für einen beim Brände in Pila, Kreis Owińsk, niedergebrannte Zaun wurde abgewiesen.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 14. d. M., 10 Uhr Vormittags.

Locales und Provinzielles.

Posen, 14. April.

r. [Stadtrath Bell]e, der Vertreter der Stadt Posen im Abgeordnetenhouse, wird Sonnabend den 17. d. M., Abends 8 Uhr, seinen Wählern in einer Versammlung Bericht über die letzte Landtags-Session abstellen.

△ Der Oberlandesgerichts-Präsident v. Kunowski ist heute zur Erledigung dienstlicher Geschäfte nach Weseritz gereist.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 13. April. Der Bundesrat trat am 12. d. M. unter dem Vorsitz des Staatsministers Hoffmann zu einer Plenarsitzung zusammen, in welcher der am 12. Februar d. J. unterzeichnete Auslieferungsvertrag mit Uruguay dem Ausschuß für Justizweien überwiesen wurde, während über den Entwurf eines Gesetzes über die Kontrolle des Reichshaushalts und des Landeshaushalts von Elsass-Lothringen für 1879/80 in einer der nächsten Sitzungen abgestimmt werden soll. — Die zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn vereinbarte, am 7. März d. J. unterzeichnete revisierte Elbschiffahrtsakte erhielt, dem Gutachten des Ausschusses für Handel und Verkehr gemäß, die Zustimmung. Sodann gelangten a) die Übereinkunft mit Österreich-Ungarn wegen provisorischer Verlängerung des Handels-Vertrages vom 16. Dezember 1868 mit den aus der Erklärung vom 31. Dezember v. J. sich ergebenden Einschränkungen bis zum 30. Juni 1881, b) der Entwurf eines Gesetzes wegen facultativer Einschränkung oder Aufhebung der Konsulargerichtsbarkeit in Bosnien und in der Herzegowina zur Annahme. Gienanth wurde, einem Antrage Baierns entsprechend, der Gesekentwurf über die Reichsstempelabgaben einer wiederholten Beratung und Beschlusssatzung unterzogen, nach deren Ergebnis auch die Quittungen über die von der Post auf Postanweisungen ausgezahlten Beiträge der Stempelabgabe von 10 Pf. unterliegen sollen, wogegen im Uebrigen die bei der ersten Lesung des Gesekentwurfs gefassten Beschlüsse lediglich bestätigt wurden. Schließlich wurden Kommissarien zur Beratung von Vorlagen im Reichstag ernannt und Beschlüsse über die geschäftliche Behandlung neuerdings eingegangener Petitionen gefasst.

Stuttgart, 13. April. Der König hatte Nachts einen heftigen Hustenanfall, ist jedoch fiebertfrei und konnte heute einige Stunden außer Bett zu bringen.

Petersburg, 13. April. Die „Agence Russ“ reproduziert einen Pariser Brief der „Neuen Zeit“, in welchem der Korrespondent dieses Blattes über eine mit dem chinesischen Gesandten in Paris, Marquis Tseng-fee-tzee, gehabte Unterredung berichtet. Letzterer habe dabei erklärt, die chinesische Regierung sei gewillt,

um jeden Preis einen Krieg mit Russland zu vermeiden und die freundschaftlichen Beziehungen zu demselben aufrecht zu erhalten. Die "Agence Russe" bemerkt hierzu, diese Nachrichten bestätigen ihre eigenen Informationen, sie sei überzeugt, daß der Marquis Tseng-ke-tze bei seiner Herkunft mit aller derjenigen Achtung werde empfangen und gehört werden, welche seinem Range und seinen wohlmeintenden Absichten gebühre.

Petersburg, 13. April. Der "Golos" veröffentlicht ein in hiesigen Kreisen auf offiziöse Informationen zurückgeführtes Schreiben des Professors Martens über den russisch-chinesischen Konflikt, in welchem nachgewiesen wird, daß Russland verpflichtet sei, Russland zurückzugeben, wenn China für die Sicherheit der russischen Grenzen und für die Ausführung der abgeschlossenen Verträge Garantien gewähre. Die Ausführung des im September v. J. in Livadia unterzeichneten Vertrages, zu dessen Abschluß der chinesische Gesandte, Tschong-How, ermächtigt gewesen sei, werde von der chinesischen Regierung verweigert; Russland werde sich zu einer Rückgabe Russlands nur im Wege freundlichlichen Übereinkommens verstehen, der Anwendung von Gewalt aber niemals rächen. Der gegenwärtige Konflikt mit China sei eine Folge des Umstandes, daß an dem Pekinger Hofe die von Bogdofan und Tsio-tsun-ton geleitete anti-europäische Partei zur Herrschaft gelangt sei, die Lage der europäischen Bevölkerung in China und die dem Auslande von China gemachten Zugeständnisse würden im Falle eines Krieges zwischen Russland u. China aufs Äußerste gefährdet sein, die Niedermelung von Europäern sei höchst wahrscheinlich, der Handel mit China werde durch den jeglichen Konflikt auf das Ungünstigste beeinflußt werden. Von allen in Peking vertretenen Mächten werde auch die allgemeine Gefahr und die Solidarität ihrer Interessen keineswegs verkannt, vielmehr seien alle bemüht, dem Einfluß der anti-europäischen Partei in China entgegenzuwirken und die legitimen Ansprüche Russlands aufrecht zu erhalten. England sei dabei am Meisten beteiligt, es sei eine gänzlich ungerechte und falsche Beschuldigung, wenn behauptet werde, daß England den Konflikt zwischen Russland und China veranlaßt habe, der ein Konflikt zwischen China und allen zivilisierten und bei dem Handelsverkehr mit China beteiligten Nationen zu werden drohe. Der Vertreter Englands in Peking sei unter dem Beistande des russischen Geschäftsträgers auf das Ernstigste bemüht, die drohende Gefahr zu beschwören.

Wien, 13. April. Dem hiesigen "Telegraphen-Korrespondenz-Bureau" zufolge entbehren die Zeitungsmeldungen, als ob die Pforte auf der Basis einer Zoffion ihrer Hoheitsrechte in Bosnien und der Herzegowina eine Annäherung an Österreich-Ungarn oder eine Allianz suche, nach kompetenten Versicherungen jeder Begründung.

Pest, 13. April. Das Unterhaus hat mit 172 gegen 62 Stimmen den früheren Minister für öffentliche Arbeiten und Kommunikationen, Thomas Péchy, zu seinem Präsidenten gewählt.

Wien, 13. April. Der "Polit. Korresp." wird aus Konstantinopel vom 13. d. M. gemeldet: Unmittelbar nach der Unterzeichnung der Präliminarakte über die Regelung der türkisch-montenegrinischen Grenze richtete Sawas Pascha ein Rundschreiben an die Vertreter der Pforte im Auslande, in welchem dieselben aufgefordert werden, auf den Zusammentritt der Vertreter der Mächte in Konstantinopel zur Ratifikation des türkisch-montenegrinischen Abkommens hinzuwirken. —

Konstantinopel, 13. April. Die Präliminarakte über die Regelung der türkisch-montenegrinischen Grenze ist um Mitternacht auf der italienischen Gesandtschaft durch Sawas Pascha und den montenegrinischen Geschäftsträger unterzeichnet worden.

Rom, 13. April. Ihre R. R. Hoheit die Frau Kronprinzessin ist heute früh nach Neapel abgereist.

London, 13. April. Die Liberalen gewannen heute zwei weitere Parlamentssitze in East-Worcestershire und einen in North-Lincolnshire.

London, 13. April. Der "Times" wird aus Konstantinopel von gestern gemeldet, die Konvention der Türkei mit Montenegro werde in den nächsten Tagen unterzeichnet werden.

London, 13. April. Der Vizekönig von Indien, Lord Lytton, ist unter dem Titel: Earl Lytton in den Grafenstand erhoben worden. — Der "Globe" meldet, nach einer heute in Liverpool eingetroffenen Privatdepesche sei der König von Birma gestorben. Ein weiteres Privattelegramm des "Globe" aus Valparaiso vom 10. d. M. bestätigt, daß Callao von den Chilenen blockiert wird.

Stockholm, 12. April. Die zweite Kammer hat die Militärvorlage mit 121 gegen 75 Stimmen abgelehnt. Staatsminister de Geer gab in Folge dessen die Erklärung ab, daß er sich als der Last der Regierung enthalten betrachte.

Stockholm, 13. April. Das gesammte Ministerium hat heute seine Entlassung eingereicht. Der König hat, sicherem Vernehmen nach, den Grafen Arvid Posse mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt.

Christiania, 12. April. Der Storting hat das skandinavische Wechselgesetz angenommen.

Newyork, 13. April. Der Kongress von Mexiko ist nach hier eingegangenen Nachrichten am 1. d. von dem Präsidenten Porfirio Diaz mit einer Botschaft eröffnet worden, in welcher derselbe die innere Lage sowie die Beziehungen zum Auslande als befriedigend bezeichnet, besonders seien die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten durchaus herliche.

Berlin, 14. April. Der Verwaltungsrath der Diskonto-Gesellschaft beschloß in der ordentlichen Generalversammlung am 10. Mai eine sechsprozentige Superdividende vorzuschlagen.

Berantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mitteilungen und Notizen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Wasserstand der Werthe.

Posen, am 12. April Mittags 180 Meter.

= 13. = 1,82 =

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im April 1880.

Datum	Barometer auf 0 Stunde	Bar. reduz. in mm. 82 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Gels. Grad.
13. Nachm. 2	761,7	O mäßig	trübe	+13,6	
13. Abends 10	760,4	O mäßig	ganz heiter	+ 8,0	
14. Morgs. 6	759,3	O schwach	ganz heiter	+ 4,1	

Wetterbericht vom 13. April, 8 Uhr Morgens.

Stationen.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeressniv. reduz. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Gels. Grad.
Aberdeen	763,8	SSO still	halb bedeckt	8,3
Kopenhagen	769,0	SSO leicht	wolkenlos	4,3
Stockholm	770,0	W leicht	wolkenlos	6,4
Paraná	763,0	S leicht	wolkenlos	- 1,2
Petersburg	767,4	WSW still	wolkenlos	- 2,6
Moskau	fehlt			
Cork	759,7	NO schwach	heiter ¹⁾	6,7
Brest	756,5	O leicht	bedeckt	6,5
Helder	762,1	O still	wolkenlos	7,6
Sylt	766,8	SO schwach	halb bedeckt	5,9
Hamburg	766,7	SO mäßig	heiter	8,9
Swinemünde	768,5	ONO still	wolkenlos ²⁾	6,6
Neufahrwasser	769,6	ONO still	wolkenlos	5,9
Memel	769,8	ONO leicht	wolkenlos ³⁾	4,7
Paris	760,1	ONO still	wolkenlos	9,0
Krefeld	fehlt			
Karlsruhe	762,2	still	wolkenlos	7,4
Wiesbaden	763,6	NO schwach	wolkenlos ⁴⁾	9,5
Kassel	763,3	NO leicht	heiter	8,3
München	763,0	still	wolkenlos	4,1
Leipzig	766,2	O leicht	wolkenlos	7,6
Berlin	766,9	O still	wolkenlos	8,2
Wien	764,3	N still	heiter	7,8
Breslau	767,2	ONO still	wolkenlos	7,1

¹⁾ Seegang leicht. ²⁾ Früh Nebel. ³⁾ Nachts starker Neif. ⁴⁾ Thau.

Übersicht der Witterung.

Im größeren Theile Europas herrscht hoher Luftdruck mit heiterem, trockenem Wetter und schwacher östlicher Luftströmung; nur im Bereich einer flachen, über dem westlichen Küstengebiete lagernden barometrischen Depression sind stellenweise Regenfälle aufgetreten. Die Temperatur ist größtentheils etwas gestiegen. Nizza: Nord, leicht, wolkenlos, Plus 12,0 Grad.

Deutsche Seewarte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 13. April. (Schluß-Course.) Schlüß abgeschwächt. Lond. Wechsel 20,475. Pariser do. 80,97. Wiener do. 170,80. R. M. St.-A. 146 $\frac{1}{2}$. Rheinische do. 158 $\frac{1}{2}$. Hess. Ludwigsb. 103 $\frac{1}{2}$. R. M. - Br. - Anth. 133 $\frac{1}{2}$. Reichsanl. 99 $\frac{1}{2}$. Reichsbank 149 $\frac{1}{2}$. Darmst. 146 $\frac{1}{2}$. Meininger B. 96 $\frac{1}{2}$. Ostf.-ung. Bf. 718,50. Kreditaktien*) 246. Silberrente 63 $\frac{1}{2}$. Papierrente 62 $\frac{1}{2}$. Goldrente 76 $\frac{1}{2}$. Ung. Goldrente 90 $\frac{1}{2}$. 1860er Loope 125 $\frac{1}{2}$. 1864er Loope 311,80. Ung. Staatsl. 216,00. do. Ostf.-Ob. II. 84 $\frac{1}{2}$. Böh. Westbahn 195 $\frac{1}{2}$. Elisabethb. 163 $\frac{1}{2}$. Nordwestb. 142 $\frac{1}{2}$. Galizier 227. Franzosen*) 238. Lombarden*) 69. Stasiener — 1877er Russen 90 $\frac{1}{2}$. II. Orientani. 60 $\frac{1}{2}$. Zentr.-Pacific 109 $\frac{1}{2}$. Diskonto-Kommunit. — Elbtalbahnen — Nach Schluß der Börse Kreditaktien 245 $\frac{1}{2}$, Franzosen 238, Galizier 226 $\frac{1}{2}$, ungarische Goldrente 90 $\frac{1}{2}$, II. Orientanleihe —, 1860er Loope —, III. Orientanleihe —, Lombarden 69, Schweizer. Zentralbahn —, Mainz-Ludwigshafen —, 1877er Russen —.

*) per medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 13. April. Effekten-Societät. Kreditaktien 245 $\frac{1}{2}$, Franzosen 237 $\frac{1}{2}$, Lombarden 68 $\frac{1}{2}$, 1860er Loope 125 $\frac{1}{2}$, Galizier 227 $\frac{1}{2}$, österr. Silberrente 63 $\frac{1}{2}$, ungarische Goldrente 90 $\frac{1}{2}$, II. Orientanleihe 60 $\frac{1}{2}$, österr. Goldrente 76 $\frac{1}{2}$, Papierrente —, III. Orientanleihe —, 1877er Russen 90 $\frac{1}{2}$. Meininger Banf. — Still.

Wien, 13. April. (Schluß-Course.) Günstig. Für Renten gute Kauflust, Kreditaktien und Lombarden höher, übrige Werthe ruhig, Schlüß schwächer.

Papierrente 73,80. Silberrente 74,20. Oester. Goldrente 89,85. Ungarische Goldrente 106,40. 1854er Loope 124,00. 1860er Loope 130,75. 1864er Loope 174,50. Kreditloose 178,00. Ungar. Prämienl. 114,00. Kreditaktien 287,90. Franzosen 279,50. Lombarden 81,30. Galizier 265,25. Kasch.-Öderb. 128,70. Bardubitzer 132,00. Nordwestbahn 166,50. Elisabethbahn 191,00. Nordbahn 244,00. Oesterreich-ungar. Banf. —. Türk. Loope —. Unionbanf 112,00. Anglo-Austr. 152,90. Wiener Bankverein 142,80. Ungar. Kredit 273,25. Deutsche Plätze 57,90. Londoner Wechsel 118,75. Pariser do. 47,05. Amsterdamer do. 98,00. Napoleon 9,45 $\frac{1}{2}$. Dufaten 5,58. Silber 100,00. Marknoten 58,45. Russische Banknoten 1,25 $\frac{1}{2}$. Lemberg-Zernowitz 168,70.

Wien, 13. April. Abendbörsen. Kreditaktien 287,25. Franzosen 279,00. Galizier 265,25. Anglo-Austr. 152,50. Lombarden 81,50. Papierrente 73,72 $\frac{1}{2}$, österr. Goldrente 89,85, ungar. Goldrente 106,37 $\frac{1}{2}$, Marknoten 58,47 $\frac{1}{2}$. Napoleon 9,45 $\frac{1}{2}$, 1864er Loope —, österr.-ungar. Banf. —. Nordbahn —. Still.

Triest, 12. April. Oester. Goldrente —, ungar. Goldrente 106,00. Italiener —.

Brüssel, 12. April. Papierrente 63,81.

Paris, 13. April. (Schluß-Course.) Träge. 3 pro. amor. 85,32 $\frac{1}{2}$, 3 pro. Rente 83,70, Anleihe de 1872 119,40, Ital. 5 pro. Rente 84,45, Oester. Goldrente 76 $\frac{1}{2}$, Ung. Goldrente 91 $\frac{1}{2}$, Russen de 1877 93, Franzosen 595,00, Lombardische Eisenbahn-Altien 182,50, Lombard. Prioritäten 272,00, Türk. de 1865 10,95, 5 pro. rumänische Anleihe 74,80.

Credit mobilier 702, Spanier extér. 17 $\frac{1}{2}$, do. inter. 15 $\frac{1}{2}$, Suezkanal-Altien —, Banque ottomane 545, Société générale 570, Credit foncier 1171, Egypte 310, Banque de Paris 986, Banque d'escompte 827, Banque hypothécaire 628, III. Orientanleihe 62 $\frac{1}{2}$, Türk. Loope 38,00. Londoner Wechsel 25,28 $\frac{1}{2}$.

Paris, 12. April. Boulevard-Verkehr. 3 pro. Rente —, Anleihe von 1872 119,45, Italiener 84,72 $\frac{1}{2}$, österreich. Goldrente 75 $\frac{1}{2}$, ungar. Goldrente 91,52, Türk. Loope 10,88, Spanier extér. 17 $\frac{1}{2}$, Egypte 307,00, Banque ottomane —, 1877er Russen —, Lombarden —, Türk. Loope 36,00, III. Orientanleihe 62,00. Fest.

Florenz, 13. April. 5 p. C. Italiensche Rente 92,27, Gold 21,86. **London**, 13. April. Consols 98 $\frac{1}{2}$, Italien. 5 pro. Rente 83 $\frac{1}{2}$, Lombarden 7, 3 pro. Rente 84,45, Oester. Goldrente 76 $\frac{1}{2}$, do. Papierrente 17 $\frac{1}{2}$, Egypte 307,00, Banque ottomane —, 1877er Russen —, Lombarden —, Türk. Loope 36,00, III. Orientanleihe 62,00. Fest.

Paris, 12. April. Wechselnotrungen: Deutsche Plätze 20,64. Wien 12,07. Paris 25,45 Petersburg 24 $\frac{1}{2}$. Platzdistont 2 $\frac{1}{2}$ p. C.

Petersburg, 13. April. Wechsel auf London 25 $\frac{1}{2}$, II. Orient-Anleihe 91 $\frac{1$

Newyork, 12. April. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 12^½, do. in New-Orleans 12^½. Petroleum in Newyork 7^½ Pf., do. in Philadelphia 7^½ Pf., rohes Petroleum 6^½, do. Pipe line Certificats — D 75 C. Mehl 5 D. 00 C. Rother Winterweizen 1 D 39 C. Mais (old mixed) 54 C. Zucker (Fair refining Muscovados) 7^½. Kaffee (Kioz) 14^½. Schmalz (Marke Wilcox) 7^½, do. Fairbanks 7^½, do. Röhe & Brothers 7^½. Spec (short clear) 7^½ C. Getreidefracht 5.

Newyork, 12. April. Weizen-Berichtigungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach England 144,000, do. nach dem Kontinent 100,000, do. von Kalifornien und Oregon nach England 50,000 Tons. Visible Supply an Weizen 24,437,000 Bushel, do. do. an Mais 15,187,000 Bushel.

Produkten - Börse.

Berlin, 13. April. Weizen per 1000 Kilo loko 200—235 M. nach Qualität gefordert, feiner gelber Märkischer — M. ab Bahn bezahlt, per April — bez., per April-Mai 217^½ Mark bezahlt, per Mai-Juni 216 bezahlt, per Juni-Juli 212—212^½—212 bezahlt, per Juli-August 205^½—205 bez., per Sep.-Oktober 199—199^½—199 bezahlt. Gefündigt 15000 Zentner. Regulirungspreis 117^½ Mark. — Roggennach 1000 Kilo loko 166—178 M. nach Qualität gefordert. Rübs. 166 a. B. bezahlt. inländ. 174 M. ab Bahn bezahlt, Klamm. — M. ab B. bezahlt, feiner — M. ab Bahn bezahlt, per April 166^½—5^½—67 bez., per April-Mai 166^½—5^½—67 bez., per Mai-Juni 163—161^½—162 bez., per Juni-Juli 159—158—158^½ bezahlt, per Juli-August 154—3—3^½ bez., per Aug.-Sep. — bez., per September-Oktober 150^½—151 bezahlt. — Gefündigt — Zentner. Regulirungspreis — M. bezahlt. — Gerste per 1000 Kilo loko 160—203 nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loko 145—165 nach

Qualität gefordert. Russischer 145 bis 155 bezahlt, Pommerscher 156—159 bez., Ost- und Westpreußischer 152—156 bez., Schlesischer 157—160 bez., Böhmischer 156 bis 159 bez., Galizischer — bez., per April — M. bez., per April-Mai 144—44 bez., per Mai-Juni 145^½—45 bez., per Juni-Juli 146^½—46 bez., per Juli-August 144 bez., per August-Sep. — B. per September-Oktober 140^½ bez., B. Gefündigt 3 Tr. Regulirungspreis — M. bezahlt. — Erbsen per 1000 Kilo Kochmaare 170 bis 205 Mf., Kutterwaare 160 bis 168 M. — Mais per 1000 Kilo loko 145—148 bezahlt nach Qualität. Rumänischer — ab Bahn bez., Amerikanischer — ab Kahn bezahlt. — Weizen mehl per 100 Kilo brutto, 00: 32,00—29,50 Mf., 0: 29,50—28,50 Mf., 0/1: 28,50—26,50 Mf. — Roggennachmehl incl. Saat, 0: 25,25 bis 24,25 Mf., 0/1: 24,00 bis 23,00 Mf., per April 22,65—22,55 bezahlt, per April-Mai 22,65—22,55 bez., per Mai-Juni 22,55—22,45 bezahlt, per Juni-Juli 22,40—22,30 bezahlt, per Juli-August 22,30—22,20 bez., Gefündigt — Zentner. Regulirungspreis — bezahlt. — Ersatz per 1000 Kilo Winterräviss 235 bis 244 Mf., per September-Oktober — bez., per November-Dezember — bez., Winterrübien 230—240 Mf., per S. O. — bezahlt, per N. D. — bezahlt. — Rübb. 1 per 100 Kilo loko ohne Fäß 51,8 bez., flüssig — M. mit Fäß 52,1 Mf., per April 52,2—52 Mf. bez., per April-Mai 52,4—51,1 Mf. bez., per Mai-Juni 52,4—52,1 bez., per Juni-Juli 52,4—52,1 bez., per Juli-August — bez., per August-Sep. — bezahlt, Sept.-Okt. 55,5—55,1 bez., per Nov.-Des. 55,9—55,4 bez., Gefündigt — Zentner. Regulirungspreis — M. bezahlt. — Weinöl 1 per 100 Kilo loko 65 Mf. — Petroleum per 100 Kilo loko 25,2 Mf., per April 24,1 bezahlt, per April-Mai 23,1 bezahlt, per Mai-Juni — M. per Juni-Juli — M. per Sept.-Oktober 25,0 Mf. bez., Gefündigt — Zentner. Regulirungspreis — bezahlt. — Spiritus per 100 Liter loko ohne Fäß 60,6 bezahlt, per März-April 60,4—60,2

bezahlt, per April-Mai 60,4—60,2 bezahlt, per Mai-Juni 60,6—60,3 bezahlt, per Juni-Juli 60,4—61,2 bezahlt, per Juli-August 62,4—62 bezahlt, per August-September 62,4—62 bezahlt, per September-Oktober 58—57,8 bez., Gefündigt 90,000 Liter. Regulirungspreis 60,3 bez. (B. B.-3.)

Stettin, 13. April. (An der Börse) Wetter: Schön + 11 Grad. R. Barometer 28,7. Wind: Ost. Weizen etwas fester, per 1000 Kilo loko gelber inländ. 207—213 M. bez., weißer 209—215 Mf. bez., per Frühjahr 212,5 Mf. bez., per Mai-Juni 211 Mf. bez., Juni-Juli do., per Juli-August — M. bez., per September-Oktober 200 Mf. bez., Roggen wenig verändert, per 1000 Kilo loko inländischer 165—169 Mf., russischer 166—169 Mf. bei Kleingefüßen bezahlt, per Frühjahr 163,5—163 Mf. bez., per Mai-Juni 159,5—159 Mf. bez., per Juni-Juli 156,5—156 Mf. bez., per September-Oktober 149,5—149 Mf. bez., Gerste unverändert, per 1000 Kilo loko keine Brau- 165—170 Mf., Überbruch 160—164 Mf. — Hafer unverändert, per 1000 Kilo loko inländischer 140—145 Mf., feiner Pommerscher 147—150 Mf. — Erbsen ohne Handel. — Winterrübien matt, per 1000 Kilo loko per April-Mai 241—240 Mf. bez., per September-Oktober 250—249 Mf. bez., Rübb. matter, per 100 Kilo loko ohne Fäß bei Kleingefüßen flüssiges 54 Mf. Br., per April-Mai 52,5 Mf. Br., per Mai — Mf. Br., per Juni-Juli — Mf. Br., per September-Oktober 55,5 Mf. Br. — Spiritus flau und niedriger, per 10,000 Liter p. Et. loko ohne Fäß 60,1 Mf. bez., per Frühjahr 60,3—60,1 Mf. bez., per Mai-Juni 60,5—60,3 Mf. bez., per Juni-Juli 61,1 Mf. bez., per Juli-August 61,8 Mf. bez., per August-Sep. — 62 Mf. Br., per September-Oktober 58 M. bez., per Br. Angemeldet: 10,000 Liter Spiritus. Regulirungspreise: Weizen 212,5 Mf., Roggen 163 Mf., Rübb. 52,5 Mf. — Spiritus 60,2 Mf. — Petroleum loko 8,5—8,6 Mf. trans. bez., Regulirungspreis 85 M. (C. Stee-R. q.)

Berlin, 13. April. Das gestrige Nachgeschäft hatte sehr feste Haltung auf die Tagesordnung gelegt, namentlich für Eisenbahnaktien und Diskonto-Kommandit-Anteile. Da die Meldungen der auswärtigen Börsen auch heute noch keiner Seite hin eine besondere Anregung boten, so ward bei der Größnung des heutigen Verkehrs der Versuch gemacht, die steigende Bewegung weiter fortzuführen. Kredit-aktien wurden 1 M. Franzosen 2 M. und Lombarden auf bessere Wiener Meldungen 4 M. höher bezahlt; besonders gute Meinung für den gelämmten Eisenbahn-Aktien-Markt vorhanden zu sein. Oberösterreichische und Freiburger, Mecklenburgische und Mainzer, Bergische und Rechte-Oderseer-Bahn bedangen 1 bis 1½ Prozent mehr; dabei wurden namentlich die erstgenannten ziemlich rege umgesetzt. Doch

Höchs- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 13. April 1880. Preußische Höchs- und Geld-Courte.

Consol. Anleihe	4½	106,00	bz
do. neue 1876	4	99,75	bz
Staats-Anleihe	4	99,75	bz
Staats-Schuldch.	3½	96,25	bz
Ob.-Deichh.-Obl.	4½	102,10	G
Berl. Stadt-Obl.	4½	103,90	bz
do. do.	3½	94,40	bz
Schloß d. B. Kfm.	4½		
Von d. Briebe:			
Berliner	4½	104,00	bz
do.	5	108,00	bz
Landisch. Central	4	99,20	bz
Kur. u. Neumärk.	3½		
do. neue	3½	91,20	bz
do.	4	100,00	B
do. neue	4½	103,25	B
R. Brandbg. Cred.	4	99,00	bz
Ostpreußische	3½	90,60	bz
do.	4	99,20	bz
do.	4½	101,30	bz
Pommersche	3½	90,60	bz
do.	4	100,00	bz
do.	4½	101,75	bz
Posensche, neue	4	99,40	bz
Sächsische	4	99,00	G
Schlesische altl.	3½	91,40	G
do. alte A. u. C.	4½		
do. neue A. u. C.	4		
Westpr. rittersch.	3½	90,80	bz
do.	4	99,20	bz
do.	4½	100,60	bz
do. II. Serie	5		
do.	4		
do.	4½	102,60	G
Rentenbriefe:			
Kur. u. Neumärk.	4	100,00	G
Pommersche	4	100,00	G
do.	4½	101,75	bz
Posensche, neue	4	99,40	bz
Sächsische	4	99,00	G
Schlesische altl.	3½	91,40	G
do. alte A. u. C.	4½		
do. neue A. u. C.	4		
Westpr. rittersch.	3½	90,80	bz
do.	4	99,20	bz
do.	4½	100,60	bz
do. II. Serie	5		
do.	4		
do.	4½	102,60	G
Rentenbriefe:			
Kur. u. Neumärk.	4	100,00	G
Pommersche	4	100,00	G
do.	4½	101,75	bz
Posensche, neue	4	99,40	bz
Sächsische	4	99,00	G
Schlesische altl.	3½	91,40	G
do. alte A. u. C.	4½		
do. neue A. u. C.	4		
Westpr. rittersch.	3½	90,80	bz
do.	4	99,20	bz
do.	4½	100,60	bz
do. II. Serie	5		
do.	4		
do.	4½	102,60	G
Rentenbriefe:			
Kur. u. Neumärk.	4	100,00	G
Pommersche	4	100,00	G
do.	4½	101,75	bz
Posensche, neue	4	99,40	bz
Sächsische	4	99,00	G
Schlesische altl.	3½	91,40	G
do. alte A. u. C.	4½		
do. neue A. u. C.	4		
Westpr. rittersch.	3½	90,80	bz
do.	4	99,20	bz
do.	4½	100,60	bz
do. II. Serie	5		
do.	4		
do.	4½	102,60	G
Rentenbriefe:			
Kur. u. Neumärk.	4	100,00	G
Pommersche	4	100,00	G
do.	4½	101,75	bz
Posensche, neue	4	99,40	bz
Sächsische	4	99,00	G
Schlesische altl.	3½	91,40	G
do. alte A. u. C.	4½		
do. neue A. u. C.	4		
Westpr. rittersch.	3½	90,80	bz
do.	4	99,20	bz
do.	4½	100,60	bz
do. II. Serie	5		
do.	4		
do.	4½	102,60	G
Rentenbriefe:			
Kur. u. Neumärk.	4	100,00	G
Pommersche	4	100,00	G
do.	4½	101,75	bz
Posensche, neue	4	99,40	bz
Sächsische	4	99,00	G
Schlesische altl.	3½	91,40	G
do. alte A. u. C.	4½		
do. neue A. u. C.	4		
Westpr. rittersch.	3½	90,80	bz
do.	4	99,20	bz
do.	4½	100,60	bz
do. II. Serie	5		
do.	4		
do.	4½	102,60	G
Rentenbriefe:			
Kur. u. Neumärk.	4	100,00	G
Pommersche	4	100,00	G
do.	4½	101,75	bz
Posensche, neue	4	99,40	bz
Sächsische	4	99,00	G
Schlesische altl.	3½	91,40	G
do. alte A. u. C.	4½		
do. neue A. u. C.	4		
Westpr. rittersch.	3½	90,80	bz
do.	4	99,20	bz
do.	4½	100,60	bz
do. II. Serie	5		
do.	4		
do.	4½	102,60	G
Rentenbriefe:			
Kur. u. Neumärk.	4	100,00	G
Pommersche	4	100,00	G
do.	4½	101,75	bz